

im Mai, was für einen Staatsbürgervertreter „fraktionismus“ vor, im Mai feuerte Ulbricht Franz Dahlem, Lippmanns politischen Mentor. Im Juli entzog man Lippmann die Begründung die Leitung der FDJ-Abordnung zu den IV. Weltjugendfestspielen, im August strich man ihm ein Studium an der Moskauer Kom-somolhochschule.

Zudem scheiterte zur gleichen Zeit ein Großinsatz mehrerer tausend FDJler, die nach der Schlapppe vom 17. Juni den „Neuen Kurs“ im Westen propagieren und damit die KPD im Bundestagswahlkampf unterstützen sollten. Die übereilt und schlecht vorbereitete Mission führte zu Verhaftungen der meisten Emigräre schon an der Grenze. Wie üblich wurde ein „Schuldiger“ gesucht. Als Lippmann von dieser Aktion aus dem Westen zurückkehrte, erhielt er eine „Einladung zu einem Gespräch“ bei Hermann Matern, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission einer der obersten Liquidatoren vermeintlicher Agenten, Abweichter, Saboteure und anderer „Angelegenheiten“.

Heinz Lippmann kannte mehrere Fälle, in denen solcherart „Eingeladene“ nicht zurück, sondern in den Knast oder in ein sowjetisches Arbeitslager gekommen waren. Hals über Kopf beschloß er zu fliehen.

Honecker wußte von den Stasi-Ermittlungen gegen Lippmann. Deren einziges „Ergebnis“ war eine falsch datierte Verhaftung durch die Gestapo. Daß der jüdische Fabrikantensohn Auschwitz und Buchenwald mit Hilfe kommunistischer Mitäftlinge überlebt und danach unermüdlich aktiv am FDJ-Aufbau in Thüringen teilgenommen hatte,

das Lippmann bei seiner dreihunderttausend Westmark aus der FDJ-Kasse mitgehen ließ, war ebensowenig der Grund für Honeckers „Angelegenheit“ wie die angebotene Hilfe. Vielmehr verfügte Lippmann, seit 1949 mit der Leitung der gegen die Bundesrepublik gerichteten FDJ-Westarbeit beauftragt, über tiefe Einblicke in das illegale Wirken der 1951 verbotenen West-FDJ sowie geheime Strukturen der damals noch nicht verbotenen KPD. Osterlin fürchtete um deren Preisgabe als neues Belastungsmaterial im laufenden KPD-Prozeß.

Sinkender Stern

Daher diktierte Honecker nach Absprache mit H. M. (Hermann Matern) und der Staatssicherheit den zitierten Brief. Darüber hinaus besaß Honecker auch ein persönliches Motiv für sein Handeln, war doch sein eigener politischer Sturz nicht auszuschließen. Katastrophale Zustände im großaufgebauchten „Dienst für Deutschland“, der im politischen Fiasco geendete „Kampf gegen die jungen Gemeinden“ sowie eine steigende Zahl jugendlicher Flüchtlinge hatten Honeckers Stern im Politbüro sinken lassen. Eine denkbare Konsequenz aus Lippmanns Flucht war die Ablösung des FDJ-Vorsitzenden.

Lippmann wußte, daß er mit seiner Flucht in eine Einbahnstraße gegangen war. Dennoch beantwortete er Honeckers Brief. Auf zwölf Seiten legte er seine Fluchtgründe dar: „Du stellst die Frage des Vertrauens. Was mußte ich denken bei all diesem stummen Mißtrauen um mich herum? Nun es ist klar und von mir

es sich um Menschen handelt, die man für keine anstößigen Leute ... hält. Die bekommt man, isoliert sie und läßt sie ruhig weiter mimen, bis der Ring geschlossen ist, und dann hauen die Sicherheitsorgane zu. Offensichtlich wurde bei mir dieser Weg beschritten – zehn Monate lang.“

Lippmann zählte dann „Fälle“ auf, die ihm besonders zu denken gaben: Franz Dahlem, Anton Ackermann, Wilhelm Zaisser und Walter Bartel. Wenn diese langjährigen Parteifunktionäre gnadenlos observiert wurden, so fragte Lippmann, wie würde man dann erst mit ihm verfahren? „Und nun zu Dir. Keine Anklage soll das sein, sondern Dir Deine Frage des

ist noch unklar bei Dir, muß noch untersucht werden. Du wirst nicht in dieser Funktion weiterarbeiten können, zur Schule kannst Du auch nicht gehen, geh in einen Betrieb oder etwas anderes. Nichts von alledem. Du tatest immer so, als wenn nichts wäre, aber alle Deine Anweisungen, Dein Benehmen stand im Widerspruch dazu ...“

Als „Maria Müller“ diese Antwort am 18. Oktober abholte, waren in Osterlin für Lippmann schon alle Messen gelesen. Denn der Honecker-Brief war für die Stasi nur eine der in Aussicht genommenen Möglichkeiten, den kenntnisreichen Insider „zurückzuholen“. Längst lagen konkrete Entführungspläne vor. Da der Flücht-



Aufnahmen von Heinz Lippmann im KZ Auschwitz.

Entführung geplant

Diesen Brief beförderte „Maria Müller“ am 31. Oktober. In einem späteren Bericht hieß es: „Es war geplant, den L. bei der Deckadresse 199 in die Falle zu locken und gewaltsam in die DDR zu bringen. Zur Durchführung der operativen Kombination wurde ein GI der HA II zur Beobachtung der Deckadresse 199 nach Hamburg entsandt. Dieser GI wurde in Westdeutschland festgenommen und hat über seinen Auftrag konkrete Angaben gemacht. Daraufhin veröffentlichte der „Telegraf“ am 17. 11. einen Artikel über geplante Maßnahmen der Staatssicherheit gegen L.“ Fortan hatte „Maria Müller“ keine Post mehr für den „lieben Dieter“. Die Verhaftung des GI oder GM bewährte Lippmann vor einer Entführung mit ungewissem Ausgang.

Die öffentliche „Verurteilung“ Lippmanns in der DDR erfolgte im Januar 1954. Die SED bezeichnete ihn als „abscheulichen Verräter“ und „entkommenen Slansky“. Sie scheute die Perfidie nicht, dem langjährigen KZ-Häftling Spitzeldienste für die Gestapo anzuhängen. Im Auftrag des Politbüros kritisierte Karl Schirdewan auf einer Zentralratstagung die FDJ-Führung zwar scharf, vermied es aber, Honecker persönlich anzugreifen, da Ulbricht seine schützende Hand über diesen gehalten hatte. In einer vorbereiteten Entschließung bekräftigte der Zentralrat „einstimmig den Beschluß, den Banditen Lippmann aus dem Zentralrat der FDJ auszuschließen und aus der FDJ austustoßen“.

SED-Mitglieder zunächst weiter. In einem öffentlichen Machtkampf hatten sie allerdings nie eine reelle Chance. Virtuos nutzte die aus Moskau heimgekehrte KPD-Führung ihre privilegierte Beziehung zur Besatzungsmacht. Mit Zuckerbrot und Peitsche wurden die sozialdemokratischen Mitglieder schrittweise diszipliniert und umerzogen oder aber aus der Partei gedrängt. Dabei kam es zu willkürlichen Verhaftungen, die Bouvier mit zahlreichen Beispielen illustriert. Der „sozialdemokratische Ungeist“ – aus der Sicht der SED-Führung – erwies sich als äußerst zahlreich.

An der Basis

Mehreren Parteiauberungen zum Trotz brach der „Sozialdemokratismus“ in den Juniagen des Jahres 1953 an der SED-Basis mit großer Heftigkeit hervor. Doch gegen sowjetische Panzer und deutsche Staatssicherheit war kein Auskommen. Am Ende stand die „Partei Neuen Typs“, die nur noch wenig mit der SED des Jahres 1946 gemein hatte. Beatrix Bouvier hat diese Entwicklung, die eine Voraussetzung für den Aufbau der SED-Diktatur östlich der Elbe war, anschaulich und mit großer Detailkenntnis geschildert.

Beatrix Bouvier: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischer Besatzungszone und in der DDR 1945-1953. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, 1996, 367 S., 49,80 Mark.

Häftling war nicht gleich Häftling

Neue Forschungen zum Konzentrationslager Ravensbrück stellen den Mythos von der Solidarität aller Gefangenen in Frage

Von Susanne Lenz

Hiltrud E. zum Beispiel. „Sie wurde bereits im schulpflichtigen Alter – sie war Hilfsschülerin – durch das Jugendamt betreut. Sie entstammt einer gemeinschaftsfremden Familie. Als noch schulpflichtiges Mädchen wurde sie von den Eltern zum Betteln angehalten. Bei solchen Gängen führte sie mehrfach Diebstähle aus. In sexueller Hinsicht äußerst aufgeklärt, gab ihr triebhaftes Verhalten zu Klagen Anlaß (...) Nur äußerste Strenge kann dazu verhelfen, die E. auf den gesetzmäßigen Weg zu weisen. Ihre Unterbringung in einem Arbeits- und Besserungslager erscheint geboten.“ Diesen Vorschlag machte die Kripo im November 1942 beim Reichskriminalpolizeiamt in Berlin. Im Januar 1943 kam die aus Duisburg stammende Hiltrud E. ins Konzentrationslager Ravensbrück. Sie war 19 Jahre alt. Im KZ trug sie

den schwarzen Winkel der „asozialen“ Häftlinge.

Die Forschung hat erst in den letzten Jahren begonnen, diese Häftlingsgruppe ohne Lobby und gesellschaftlichen Einfluß wahrzunehmen. Eine Arbeit zu dem Thema entsteht zur Zeit am Institut für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Christa Schikorra hat „asoziale“ Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück zum Thema ihrer Promotion gemacht. Ihre Forschungsergebnisse stellte sie auf dem Kolloquium „Neuere Forschungen zur Geschichte des Frauen-KZ Ravensbrück“ vor, das diese Woche in der Gedenkstätte Ravensbrück in Fürstenberg stattfand.

Der Begriff „asozial“ oder auch „gemeinschaftsfremd“, wie es im NS-Jargon hieß, war nicht klar definiert. Er sei Sammelbegriff für alle Gewesenen, die nicht in die „deutsche Volksgemeinschaft“ paßten, sagt Christa

Schikorra. Erst 1944 wurden in dem Gesetzesentwurf zur „Behandlung Gemeinschaftsfremder“ Kriterien für die Einstufung als „Asozialer“ genannt: „Charaktermängel, Liederlichkeit, die Neigung zum Betteln und zur Landstreicherei sowie eine unmoralische Lebensführung.“ Im Zuge der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ konnten „Asoziale“ auf unbestimmte Dauer in ein Konzentrationslager gebracht werden.

Als „Gefahr für die Volksgesundheit und Wehrkraft des deutschen Volkes“ kamen zum Beispiel Prostituierte oder unter Prostitutionsverdacht stehende Frauen ins KZ. Dabei habe auch die „Aufrechterhaltung der Heimatfront“, also die Disziplinierung der Ehefrauen von Soldaten, eine Rolle gespielt, so Christa Schikorra. Mit dem Vorwurf „hgw“ (häufig wechselnder Geschlechtsverkehr) wurden aber nicht nur manche Ehe-

frauen von Soldaten willkürlich belastet, sondern diese Anklage war auch ein Instrument, um unangepaßte lebende Frauen verfolgen zu können.

Ein Teil der Betroffenen waren junge Frauen, die direkt aus Fürsorgeeinrichtungen ins KZ kamen. Der dritten Gruppe wurden „verbrechensdelikte“ wie Diebstahl, Abtreibung oder Arbeitsvertragsbruch unterstellt. Die 20jährige Klara S. wurde im Mai 1943 als „Asoziale“ in Vorbeugehaft genommen, weil sie angeblich mit einem Mann zusammen war, der als sogenannter „Zigeunermischling“ geführt wurde.

Anders als Widerstandskämpferinnen oder „Zeuginnen Jehovas“ teilten die Frauen mit dem schwarzen Winkel keine Weltanschauung. Die Zugehörigkeit zur Gruppe der „Asozialen“ schuf keine gemeinsame Identität. Kennzeichnend für ihre Situation sei deshalb auch ihre Verein-

zelung im KZ gewesen, sagt Christa Schikorra.

Die Winkel wiesen den Häftlingen ihren Platz in der sozialen Rangordnung des Lagers zu. Diese Rangordnung war zwar von der SS aufgezogen, wurde aber von den Häftlingen weitgehend übernommen. Unter anderem auch deshalb, weil sie Werte und Vorurteile aus ihrer Zeit vor der Haft mitgebracht haben. „Die Frauen mit dem schwarzen Winkel galten als arbeitsscheu, feige, korumpierbar, verdreht und unmoralisch“, sagt Christa Schikorra. Sie standen am unteren Ende der Häftlingshierarchie. Das änderte sich erst mit der Ankunft polnischer Frauen, der ersten Gruppe von Ausländerinnen im KZ Ravensbrück. Die Gruppe der reichsdeutschen „Asozialen“ wurde nun gegenüber den sogenannten „slawischen Unter-menschen“ aufgewertet.

Christa Schikorra ist sich bewußt,

daß sie vor allem mit ihren Aussagen zu einer von Dominanzverhalten, Vorurteilen, Ausgrenzung und Stigmatisierung geprägten Häftlingsgesellschaft ein Tabu berührt. Die Innensicht auf das KZ Ravensbrück hat bisher vor allem die „Erinnerungsliteratur“ aus dem Kreis der politischen Häftlinge geprägt. Deren Schwerpunkt liegt auf der Solidarität der Häftlinge und Aktionen des Widerstands. Die Untersuchung Schikorras stellt nicht nur den Mythos der Häftlingssolidarität in Frage, sondern auch die Existenz einer gemeinsamen Lagerwirklichkeit der Häftlinge. Doch Häftling war nicht gleich Häftling, auch wenn die Begriffe von „oben“ und „unten“ in der Häftlingshierarchie vorsichtig zu deuten sind. Denn letztendlich be-deuteten sie nur, ob die Chance eines Opfers, die Mordmaschine KZ zu überleben, etwas größer oder etwas kleiner war.

110874

Opoffa - Juff.
4.12.96

Duisburger
Zeitung

257,
2/2.11.96